

Brederfelder Tageblatt

Anzeiger für den Ennepe-Ruhr-Kreis

Abbonements- und Inseraten-Aannahme in Brederfeld: Fr. H. Klett.

Hauptgeschäftsstelle, Druck u. Verlag: Wilh. Bell jr., Halver, Ruf 442 Halver

Nr. 87

— Erscheint wöchentlich 6 mal —
Monatlicher Bezugspreis ausschließlich Bestell-
geld 1 50 RM, mit Postzustellgebühr 1 86 RM.

Brederfeld,
Freitag, den 7. Oktober

Anzeigenpreis: Die Millimeterzeile 1-spaltig 6
Pfg., für Behörden u. auswärtige Inserate 10
Pfg., Reklame 40 Pfg. Offertgeb. 10 Pfg. u. Porto

1932

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten
und die Beilage „Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Das Reichskabinett beschäftigt sich mit der Eingliederung des Arbeitsplanes der Landgemeinden in das eigene Arbeitsbeschaffungsprogramm.

* Im Politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung läßt der deutsche Vertreter scharfe Kritik an der Minderheitenpolitik des Völkerbundes.

* Mit der Nachprüfung der Spitzengelder der subventionierten Betriebe hat die Reichsregierung begonnen.

Diplomatie in Hemdsärmeln.

Das Zwischenspiel der geplanten Fünfmächtekonferenz in London ist überaus disharmonisch geworden, aber Macdonald steckt die Abweisung ein, die von Paris aus kommt. Im übrigen müssen wir Deutsche ihm das Bedauern hierüber schon deswegen versagen, weil zwar sein Wille gut war, aber nicht gerade sehr geschickt die Art, wie er es versucht, Deutschland und Frankreich wieder an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen. Übrigens ist es ihm nicht zum erstenmal von einer französischen Regierung angetan worden, daß sie ihn als englischen Ministerpräsidenten mit einer Konferenz „aufsagen“ ließ. Zu „rechter Zeit“ gab es im Januar dieses Jahres, als nach Fertigstellung des Baseler Sachverständigenberichts in DACH bei Lausanne eine Konferenz der Unterzeichner des Young-Plans stattfinden sollte, zunächst einmal eine Ministertreffen, und dann verhandelt es Lavals Nachfolger Tardieu geradezu ausgezeichnet, so viele Einwände, Anfragen, „Voraussetzungen“ u. dergl. vorzubringen, daß aus der ganzen Geschichte nichts wurde. Die damalige Situation hat überhaupt eine gewisse Ähnlichkeit mit der jetzigen. Vor der in Lausanne anberaumten Reparationskonferenz war die deutsche Erklärung veröffentlicht worden, daß wir weitere Reparationszahlungen nicht mehr leisten können, — und prompt wurde dem französischen Ministerpräsidenten von Parlament und Presse empfohlen, erst gar nicht nach DACH zu gehen, weil das ja im Hinblick auf jene deutsche Erklärung keinen Zweck hätte. Außerdem bestände die Gefahr einer „Isolierung“ Frankreichs, weil England und Italien sich vielfach und recht unzweideutig für eine Streichung der Reparationen ausgesprochen hätten oder doch zum mindesten für eine radikale Umänderung des Young-Plans. Tardieu hat es ja denn auch erreicht, die Sache „diplomatisch“ so zu „schieben“, daß die Lausanner Konferenz erst fünf Monate später stattfand und bis dahin eine für Frankreich sehr viel günstigere politische Konstellation hergestellt war, man auch Macdonald und die englische Politik so gründlich eingefangen hatte, daß am Schluß der Lausanner Konferenz der bekannte „Vertrauenspakt“ zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde.

Es schien ein gewisses Abspringen von dieser „Entente cordiale“ zu bedeuten, daß Macdonald — trotz der englischen Note gegen Deutschlands Streben nach prinzipieller Rüstungsgleichberechtigung und nach nationaler Sicherheit — nun seinen Vermittlungsversuch in die Wege leitete. Deutschland kam ihm dabei sehr weit entgegen. Es war einverstanden damit, daß gar nichts vorweggenommen werden sollte, verlangte aber auch, daß man nun allseits unbeschwert mit dem Gepäck vorübergehender „Festlegungen“ nach London käme. Eine wirkliche „Aussprache“ sollte stattfinden, eine „gegenseitige persönliche Kühlungsnahe“. Deutschlands Regierung gab also, diplomatisch ausgedrückt, seine „grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft“ zu erkennen.

Aber Herriot wiederholt das Spiel seines Vorgängers. Erst schlägt er Genf an Stelle von London als Tagungsort vor, dann verlangt er die Hinzuziehung von Vertretern einiger Staaten, die im französischen Fahrwasser segeln. Dann fordert er eine ausdrückliche Festlegung darauf, daß „vom Thema nicht gesprochen werden dürfe“, also nicht von der deutschen Stellungnahme hinsichtlich unserer militärischen Gleichberechtigung in der Wehrfrage. Die kleineren Mächte werden von Paris aus mobil gemacht und drücken die „Befürchtung“ aus, man werde sich in London über ihre Köpfe weg einigen, kurz — Herriot läßt den ganzen, gut geölten diplomatischen Apparat spielen, um die Konferenz zu hintertreiben. Sein Ziel ist in der Antwortnote an Deutschland genau festgesetzt: Völkerbundrat und — auch nicht einmal unbedingt — Abrüstungskonferenz sind die Stellen, wo Deutschland mit seinen Forderungen vor den Richterstuhl der Entscheidung zu treten habe. Und seine Weigerung, als offizieller Verhandlungspartner an der vorgelegenen Konferenz teilzunehmen, ist so unzweideutig, so kategorisch, daß man kaum noch von diplomatischen Verhüllungen, sondern eher von einer „Diplomatie in Hemdsärmeln“ reden kann, die ganz unbekümmert und rücksichtslos nur auf das eigene Ziel lossteuert; und herzlich gleichgültig ist, daß sie dabei auch das „befreundete“ England in eine wenig angenehme Verlegenheit hineinführt.

Kommt es also endgültig nicht zum Zusammentritt der Konferenz, dann wird man in Paris auch wieder bloß ein Aufschub Frankreichs haben, daß durch die Alliance in Frankreich auch dieser zweite Versuch gescheitert wäre, die mit Elektrizität geladene politische Atmosphäre zu entspannen. Denn man weiß ja aus der Erfahrung des Jahres, daß sich England schließlich doch dieser französischen „Politik in Hemdsärmeln“ fügt.

Die Arbeitsbeschaffung

Vor wichtigen Kabinettsbeschlüssen.

Arbeitsvergebung durch die öffentliche Hand.

Das Reichskabinett hat seine wirtschaftspolitischen Beratungen wieder aufgenommen, nachdem umfangreiche Vorarbeiten der Ressorts jetzt fertig gestellt worden sind. Es handelt sich dabei auch vorwiegend um die Frage, inwieweit das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden in den Arbeitsplan der Reichsregierung eingegliedert werden soll.

Dieses Programm verlangt neben der Aufzählung durch die freie Initiative der einzelnen Unternehmer eine direkte Vergabe größerer Aufträge durch die öffentliche Hand. Die Frage der Finanzierung spielt hier eine ausse. abgebende Rolle und das Kabinett wird jetzt zu ihr Stellung nehmen.

Ferner wird sich das Kabinett mit der außenpolitischen Lage beschäftigen. Wenn auch das Scheitern der beabsichtigten Londoner Konferenz kaum eine Änderung in der bisherigen Haltung Deutschlands in der Gleichberechtigungsfrage der Abrüstungskonferenz gegenüber mit sich bringen kann, so wird doch die weitere Stellungnahme Englands zu der französischen Ablehnung der Fünfmächtebesprechung eventuell neue Anweisungen für die deutschen Vertreter in Genf notwendig machen. Gegen Meldungen aus Genf, wonach einzelne Mitglieder der deutschen Delegation Abrüstungsgespräche führen sollen, die zur Haltung der Reichsregierung in Widerspruch stehen, wird von unterrichteter Seite scharf Stellung genommen. Das amtliche Dementi nennt diese Nachrichten „haltlose Kombination“ und erklärt, daß keine Unstimmigkeiten in der deutschen Delegation vorhanden seien, daß auch keine derartigen Besprechungen stattgefunden hätten.

Gewerkschaftsinteressen und Landwirtschaft.

Kontingentschutz für die bäuerliche Veredelungswirtschaft.

Stegerwald, der Arbeitsminister unter Brüning, einer der Führer des Zentrums und der Christlichen Gewerkschaften, hat vor einigen Tagen in einem Gespräch mit einem Zeitungsvertreter die Bestrebungen der Land-

wirtschaft auf Durchführung der Kontingentierung für agrarische Produkte aufs schärfste angegriffen und vollkommen abgelehnt. Dagegen nimmt nun ein anderer Führer des Zentrums, der frühere Minister Hermes, jetzt Präsident der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, Stellung und schreibt u. a.:

Niemand wird in Abrede stellen, daß die Wiedergewinnung unserer Wirtschaft nicht allein von der Landwirtschaft her erfolgen kann. Aber unsere Wirtschaft ist gezwungen, den Weg verstärkter landwirtschaftlicher Erzeugung zu gehen. Die Landwirtschaft kann als einzelner Wirtschaftszweig nicht zur Gesundung gebracht werden, und sie hat erkannt, daß das Arbeitslosenproblem in hohem Maße auch ein agrarisches Problem ist, und daß kein geeignetes Mittel unverändert gelassen werden darf, unsere Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzuschalten. Nach Jahren größter Verluste auf dem Getreidemarkt hat man sich dazu entschlossen, die verhängnisvollen Getreidezollbindungen zu beseitigen, mit dem Erfolg, daß es der deutschen Landwirtschaft noch in letzter Stunde gelungen ist, die Getreideversorgung fast restlos aus eigener Scholle sicherzustellen.

Entsprechende handelspolitische Maßnahmen auf dem bedeutenden Gebiet der Veredelungswirtschaft, insbesondere bei Vieh und Viehprodukten, bei Gemüse und Obst konnten wegen der handelsvertraglichen Verpflichtungen nicht durchgeführt werden, was die Wirkung hatte, daß unsere bäuerliche Wirtschaft die einseitige Exportpolitik mit nie geahnten Preiszusammenbrüchen bezahlen mußte. Wollen wir unsere arbeitsintensiven landwirtschaftlichen Kulturen und Wirtschaftszweige, die die meisten bodenständischen Arbeitskräfte beschäftigen, nicht weiter einer einseitigen Exportpolitik opfern, so müssen wir in diesen Notzeiten bei den wichtigsten Produkten unserer Veredelungswirtschaft den Exportanteil der Agrarstaaten durch Anwendung des Kontingentierungssystems festlegen. Dabei muß sich der Bauer bewußt bleiben, daß diese handelspolitischen Maßnahmen keineswegs ein Allheilmittel sind. Es darf erwartet werden, daß die Reichsregierung unter allen Umständen die bäuerliche Veredelungswirtschaft schützt. Der Bauer seinerseits muß in einer Zeit größter Wirtschaftsnot der sinkenden Kaufkraft unserer Industriearbeiter Rechnung tragen.

Rechtlose Minderheiten

Deutscher Minderheitenvorstoß.

Scharfe Kritik an der Minderheitenpolitik des Völkerbundes.

Der Führer der deutschen Abordnung, Gesandter von Rosenberg, hielt im politischen Ausschuss der Völkerbundversammlung eine Rede, in der er den grundsätzlichen Standpunkt der deutschen Regierung zur Minderheitenpolitik des Völkerbundes darlegte und scharfe Kritik an den bisherigen Minderheitenverfahren übte. Er führte u. a. aus:

Gegenwärtig werden nur solche Beschlüsse und Entscheidungen veröffentlicht, die entweder Fälle von geringerer Bedeutung betreffen oder zugunsten der beteiligten Regierungen ausgefallen sind.

Dagegen muß eine größere Öffentlichkeit des gesamten Verfahrens und die Bekanntgabe der Entscheidungen wesentlich dazu beitragen, den Schutz der Minderheiten wirksamer zu gestalten und bei den Minderheiten selbst das Gefühl der Sicherheit zu stärken.

Die Erklärungen des deutschen Vertreters lösten eine große politische Aussprache aus. Im Namen von Polen, Rumänien, Südslawien, Griechenland und der Tschechoslowakei gab der südslawische Staatssekretär des Auswärtigen eine ungewöhnlich scharfe, fast grobe Erklärung ab. Für die Behandlung der Minderheitenfrage sei allein der Völkerbundrat zuständig.

Die fünf Mächte erklärten sich daher nicht in der Lage, das Recht des Politischen Ausschusses und der Völkerbundversammlung zu einer allgemeinen Aussprache und insbesondere zur Annahme von irgendwelchen Entschlüssen in der Minderheitenfrage anzuerkennen.

Kurze politische Nachrichten.

Der auf Grund der Preußen-Notverordnung am 1. Oktober aufgelöste Kreis Hann. Münden hat den Staatsgerichtshof angerufen. Der Kreisrat will die Verfassungswidrigkeit des Auflösungsbeschlusses nachweisen und die Kreisfreiheit wieder herstellen.

Der Deutsche Rentnerbund hat bei den zuständigen Reichsbehörden den dringlichen Antrag eingereicht, der im kommenden Winter zu erwartenden untragbaren Steigerung der jetzt schon vorhandenen Not der früheren Kapitalrentner dadurch zu steuern, daß

Reichsmittel für Winterbeihilfen zur Verfügung gestellt werden.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Präsidenten des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung, General der Infanterie a. D. Edwin von Stülpmagel.

Nach Londoner Meldungen kam es in drei englischen Städten zu schweren Arbeitslosenunruhen, wobei wieder viele Geschäfte geplündert und mehrere Personen verletzt wurden.

Londoner Konferenz vertagt.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der englische Botschafter Lord Tyrrell am Donnerstag, nachmittag am Quai d'Orsay vorgesprochen, wo er im Auftrage seiner Regierung mitteilte, daß der ursprünglich in Aussicht genommene Zeitpunkt für den Zusammentritt der geplanten Londoner Konferenz bis auf weiteres vertagt worden sei. Die Besprechungen zwischen London und Paris würden im freundschaftlichen Geiste fortgesetzt.

Englands Bemühungen um die Fünfmächtekonferenz.

Der englische Geschäftsträger in Berlin, Newton, suchte das Berliner Auswärtige Amt auf und teilte mit, daß die englischen Bemühungen um das Zustandekommen der Fünfmächtekonferenz zur Besprechung der deutschen Gleichberechtigungsforderung weitergingen. Entgegen der allgemeinen Annahme, hat er nichts davon mitgeteilt, daß die englische Regierung beabsichtige, ihren Vorschlag auf Abhaltung einer Konferenz zurückzuziehen.

Der neue französische Abrüstungsplan.

Kontrollsystem mit Sanktionsmaßnahmen.

Der in Vorbereitung begriffene neue französische Abrüstungsplan enthält, wie die halbamtliche französische Agentur Havas glaubt mitteilen zu können, eine Reihe von Vorschlägen für den Abschluß von Konsultationsabkommen. Das Kontrollsystem soll eng mit gewissen Sanktionsmaßnahmen verbunden sein. Die in Artikel 5 des Versailler Vertrages enthaltenen Militärklauseln sollen jedoch mit einigen Abänderungen aufrechterhalten werden.

Die angeblichen deutschen Rüstungen.

Nach den französischen Geheimakten.

In englischen Zeitungen werden Andeutungen gemacht, aber den Inhalt der französischen Aktenansammlung über die angeblichen deutschen Geheimrüstungen. U. a. werde in den Akten festgestellt, was alle Welt wisse, nämlich, daß das deutsche Heer mit Pappants und anderen „verbotenen Waffen“ über.

Hieraus wird gefolgert, daß Deutschland auch Bestände an wirklichen Tanks usw. haben müsse. Ferner werde Klage darüber geführt, daß die deutschen Polizeikräfte in weitem Ausmaß auf militärischer Grundlage organisiert seien und zusammen mit der Reichswehr „Stoßtruppen“ bilden. Der Stahlhelm und ähnliche Organisationen würden eine Reserve von 600 000 „ziemlich gut ausgebildeten“ Leuten stellen, von denen man glaube, daß sie moderne militärische Ausrüstung hätten. Die Zivilflugzeuge könnten sofort in Bombenflugzeuge verwandelt werden. Die wenigen erlaubten schweren Festungsgeschütze könnten sofort mobil gemacht und die landwirtschaftlichen Zugmaschinen sofort in Tanks verwandelt werden.

Es ist wirklich schade, daß Herriot sich seine Absicht, die Aktenansammlung dem Völkerverbund vorzulegen, noch einmal überlegt hat. In die trockenen Verhandlungen des Völkerverbundes hätte die Bekanntgabe dieser erschütternden „Geheimrüstungen“ sicherlich eine humoristische Note gebracht.

Gewerkschaften in der Krise.

Erhebliche Mitgliederverluste.

Die Geschäftsberichte der deutschen Gewerkschaften über das Jahr 1931 weisen erhebliche Mitgliederverluste als Folge der Krisenverschärfung auf. Gleichzeitig hat die Arbeitslosigkeit erhöhte Unterhaltungsanforderungen gebracht.

Der Mitgliederrückgang der Freien Gewerkschaften, der DGB-Verbände, betrug im Jahre 1931 12,3 Prozent gegen 4,7 Prozent im Jahre 1930. Das vergangene Jahr schloß mit einem Mitgliederbestand von insgesamt 4,1 Millionen gegen annähernd 5 Millionen im Jahre 1929 und gegen etwa 8 Millionen in den Jahren 1920 und 1922.

Am stärksten war der Rückgang beim Metallarbeiterverband, der Ende 1931 noch 827 000 Mitglieder zählte gegen 965 000 im Jahre 1929 und gegen 1 624 000 Mitglieder vor zehn Jahren. Einen geringeren Mitgliederverlust erlitt die zweitgrößte Organisation, der sogenannte „Gesamtverband“, und zwar von 673 000 auf 618 000.

Die Christlichen Arbeitergewerkschaften hatten Ende 1931 ebenfalls um genau 12,3 Prozent weniger Mitglieder als 1930. Insgesamt betrug ihre Mitgliederzahl 578 000 gegen 673 000 im Jahre 1929 und gegen mehr als eine Million in den Jahren 1920 und 1922.

Das studentische Werkjahr.

In der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages nahm der Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl nach einem Vortrag von Dr. Schairer vom Deutschen Studentenwerk Stellung zu den Plänen des studentischen Werkjahres. Bei diesen in Aussicht genommenen Maßnahmen handele es sich, so führte der Minister aus, um einen Ausschnitt aus dem Gesamtwerk der großen Aufgaben, die auf dem Gebiete des Bildungswezens zu erfüllen seien, darunter auch die vom Deutschen Industrie- und Handelstag seit langem bekämpften Fehlererscheinungen des „Berechtigungsunwezens“. Wenn das Werkjahr einen Sinn haben solle, so müsse einfahe und ernste Arbeit von den Werkjahrsstudenten verlangt werden. In dieser Richtung würden die Arbeiten im Reichsinnenministerium fortgeführt werden.

Die kirchliche Einsichtnahme in den Religionsunterricht.

Gegen die Belehrung der Jugend über Versailles.

Der Unterrichtsausschuß des Preussischen Landtages nahm mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten einen sozialdemokratischen Antrag an, die Durchführung des Erlasses über das Recht der kirchlichen Einsichtnahme in den evangelischen Religionsunterricht in den Schulen auszuheben. Von den Antragstellern wurde betont, daß in dem Erlass eine Eilefertigkeit liege und daß er an Engherzigkeit nicht zu überbieten sei.

Abgelehnt wurde der deutsche nationale Antrag auf gründliche Unterweisung der Schüler aller Schulklassen über den Friedensvertrag von Versailles, da außer den Antragstellern nur die Nationalsozialisten für den Antrag eintraten.

Ein nationalsozialistischer Antrag auf Fahrpreisermäßigung für Junglehrer zur Erleichterung der Reise in die Heimat fand auf deutsch-nationale Anregung in der Form Annahme, daß nötigenfalls den Junglehrern ein Zuschuß gegeben werden solle.

Waffenrazzia in Westfalen.

Zahlreiche Verhaftungen.

Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft hat die Polizeidirektion Zwickau überraschend in Zwickau, Verdau, Glauchau, Plaußitz, Oberhondorf und Kirchberg bei Anhängern der NSDAP. Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen. Es wurden etwa 20 Handfeuerwaffen verschiedenen Alters gefunden. Festgenommen wurden etwa 50 Personen; die Hälfte wurde jedoch wieder entlassen. Gegen 25 Mann ist richterlicher Haftbefehl erlassen worden. Außer dieser Polizeiaktion hat die Staatsanwaltschaft Zwickau auch die Festnahme einiger Reichsbannermitglieder veranlaßt. Diese stehen unter dem Verdacht, in die bekannte Waffenschiebungsangelegenheit des westfälischen Reichsbanners verwickelt zu sein. Sie sollen außer den bereits beschlagnahmten Pistolen noch andere Waffen verschoben haben.

Der Streit um den Hirsch.

In einem Teil der Berliner Presse wird folgender Brief des Landtagspräsidenten Kerl vom 4. Oktober an den preussischen Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium veröffentlicht: „Zufolge Ihrer freundlichen Anweisung ist meinem Freunde, dem Reichstagspräsidenten Göring, ein Hirsch in der Oberförsterei Neu-Ollende zugewiesen worden. Herr Göring hat auf telephonische Anfrage festgestellt, daß der Oberförster selbst nur etwa 14 Tage brauchte, um einen recht dünnen Hirsch zu schießen. Der zweite Forstbeamte soll noch immer vergeblich auf ein ähnliches Geier warten. Nun ist Herr Göring, der im übrigen gehört hat, daß Herr Otto Braun in der Romintener Heide ein Hirsch zugewiesen ist, politisch zu sehr beansprucht, um 14 Tage auf Anstand zu sitzen, um dann doch keinen Hirsch zu schießen. Er hat deshalb, und weil er die gewiß nicht unberechtigte Hoffnung hat, daß nächstes Jahr wir selbst die Hirsche in der Schorfheide verteilen werden, darauf verzichtet, von der Zuweisung Gebrauch zu machen, damit nächstes Jahr auch für andere ein Hirsch übrigbleibt. Ich danke Ihnen für Ihre lebenswürdigen Bemühungen. Mit vorzüglicher Hochachtung: gez. Kerl.“

Die Echtheit des Briefes wird bestritten. Es handelt sich jedoch um ein privates Schreiben des Landtagspräsidenten, das nicht durch das Landtagsbüro gegangen ist. An zuständiger preussischer Stelle wird ferner bestätigt, daß der Reichstagspräsident Göring unlängst an das preussische Landwirtschaftsministerium den Wunsch habe gelangen lassen, einen Hirsch zu schießen, und diesem Wunsche sei Rechnung getragen worden.

Politische Hintergründe

einer Devisenschiebung.

Die Sowjetunion hinter den Kulissen.

Kurz vor Schluß der Beweisaufnahme in dem Berliner Devisenprozeß Sedlmaier, in dem es sich um die Verschiebung von mehreren Millionen Mark handelt, kam es zu einem sensationellen Zwischenfall. Der Verteidiger Sedlmaier erklärte, daß es als festgestellt angesehen werden müsse, daß die Devisenverluste, die Sedlmaier getätigt habe, in der Hauptsache wohl durch das Berliner Bankhaus Laban, Spiehl u. Co. gegangen seien. Dieses Bankhaus sei aber in Berliner Börsenkreisen als das Haus bekannt, das

große Geschäfte mit Sowjetrußland

tätige. Es müsse deshalb an Sedlmaier, zumal er ein geschriebenes Mitglied der RPD sei, die Frage gerichtet werden, ob er die im ausländischen Besitz befindlichen Effekten im Interesse und im Auftrage der Sowjetunion verkauft und den Erlös für kommunistische Parteizwecke verwendet habe. Sedlmaier erklärte hierzu, daß er die Aussage darüber verweigern müsse, denn er könne seine Auftraggeber nicht nennen. Als der Vorsitzende den Angeklagten darauf hinwies, daß er es wohl könne, aber nicht wolle, meinte Sedlmaier, er könne seine Auftraggeber nicht preisgeben, weil ihm dann jede Wiederaufstiegsmöglichkeit in der Zukunft genommen wäre.

Herabsetzung der Spitzengehälter.

Ein Reichskommissar für subventionierte Betriebe.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, prüft Geheimrat von Flotow, der Mitinhaber des Bankhauses Hardy u. Co., augenblicklich im Auftrage der Reichsregierung die Lage der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G., um der Reichsregierung Vorschläge für eine Sanierung der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. machen zu können. Zugleich wird Geheimrat von Flotow der Regierung Vorschläge über die Herabsetzung der Spitzengehälter innerhalb der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. machen. Dies sei dann die erste Herabsetzung der Spitzengehälter in einem staatlich subventionierten Betrieb. Die weiteren Betriebe würden demnächst folgen. Die Ernennung eines Kommissars für die subventionierten Betriebe stehe unmittelbar bevor.

Beschränkte Sparauszahlung der Konsumgenossenschaft Berlin.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend e. G. m. b. H. hat, nachdem die Auszahlung der Spareinlagen im August zentralisiert worden ist, jetzt auch die Auszahlungsbestimmungen verschärft, so daß an jeden Sparer je Monat und Konto nur ein Teilbetrag eines Guthabens zur Auszahlung gelangt. Dies geschieht, so wird von zuständiger Stelle erklärt, um dem nun auf die Sparkasse zu begegnen. Die Auszahlung der Sparguthaben kann nicht aus den zur Aufrechterhaltung des Betriebes erforderlichen Betriebsmitteln erfolgen, sondern aus den zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Krediten. Man stehe mit der Zentrale in Hamburg in Verhandlungen wegen Aufnahme neuer Kredite.

Rumänien lehnt Völkerverbundsorderungen ab.

Am Donnerstagabend lehnte es in Bukarest der Ministerrat gegen alle Erwartung ab, die Bedingungen des Völkerverbundes zur Regelung der rumänischen Finanzen anzunehmen. Der in Genf weilende rumänische Regierungsvertreter Madjaru wurde beauftragt, neue Verhandlungen wegen besserer Bedingungen wieder aufzunehmen. Dieses Vorgehen ist auf das Betreiben Manius zurückzuführen, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es Rumänien nun auf Biegen oder Brechen ankommen lassen will.

Lokales und Provinzielles. Halber

— Nach Jahren feiert unsere Gemeinde wieder das Missionsfest. Darum sei an alle unsere Gemeindeglieder die herzliche und dringende Bitte gerichtet, den Missionsgottesdienst und die Missionsfestversammlung zu besuchen. Ohne Mission sind Kirche und Gemeinde nicht denkbar. Sowohl vormittags im Gottesdienst als auch nachmittags in der Festversammlung wird der Vizepräsident der Rheinischen Missionsgesellschaft, Pastor Witteborg aus Wuppertal-Barmen sprechen. Um Kosten zu sparen, geschieht die Festversammlung dieses Mal ohne Kaffeetrinken. Es kann also jeder teilnehmen. Bisher war es nur ein kleiner Kreis, der sich aktiv um die Mission kümmerte.

— Gemeiner Streich. Ein Mann, der auf dem Wege nach Schalksmühle „In der Hölle“ in einem Hause einkehrte, stellte sein Fahrrad vor dem Hause auf. Als er zurückkehrte, fand er die Radreifen zerschnitten, so daß die Luft aus dem Schlauche entwichen und das Rad zur weiteren Benutzung unbrauchbar geworden war.

— Mit dem Legen des Grundsteins zur Errichtung des Wohn- und Geschäftshauses für Maler- und Anstreichermeister Otto Gutberlet ist heute begonnen. Das Gebäude erstreckt in der Südstraße und soll noch in diesem Jahre unter Dach gebracht werden.

— Schulrat Hufenbecher zu Lüdenscheid, dem auch die Schulen des Amtes Halber unterstehen, ist von der Regierung in Arnsberg krankheits halber bis Ende Dezember d. J. beurlaubt worden. Mit seiner Vertretung ist der Schulrat Bierbaum in Altena beauftragt.

— Sein 73. Lebensjahr vollendet am Montag, dem 10. Oktober Kirchenkünstler i. R. Gustav Himmen, hier selbst. Bis zum 1. Juli 1928 hatte Genannter 32 Jahre lang das Küsteramt an der evangelischen Kirche inne. Auch war er lange Jahre als Totengräber tätig. Am gleichen Tage wird die Ww. Theodor Dahlhaus, Volsenbach, 71 Jahre. Wir entbieten beiden Geburtstagskindern unsere herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

— Die auf gestern nachmittag im Gasthof zur Post anberaumte, sehr gut besuchte Versammlung des hiesigen landwirtschaftlichen Vereins wurde gegen 5 Uhr durch den Vorsitzenden Wilhelm Bremder-Schöneberg mit Worten der Begrüßung eröffnet und wies auf den ersten Punkt der Tagesordnung: „Entgegennahme von Angeboten in Kartoffellieferungen an das Amt Halber zu angemessenen Preisen ab Hof“ hin. Die Ausschußmitglieder des landw. Kreisvereins haben sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt, ebenso der Vorstand des Ortsvereins. Der Kreis schlug einen Preis von 2,50 RM vor, der vorjährige Preis betrug 3 RM pro Zentner. Man hat sich nun auf einen Mittelpreis von 2,75 RM pro Zentner geeinigt. Die Belieferung seitens der Gemeinde solle nicht den Landwirten ihre alte Rundschaft nehmen. Der Amtsobersekretär Lausberg stellte die Maßnahmen des Amtes klar. Dasselbe bedürfe für den Zweck 3000 Zentner Kartoffeln und es wünschte eine Beschlußfassung, ob die Landwirte sich bereit erklärten, zu dem angegebenen Preise das Amt zu beliefern. Es entspann sich eine sehr lange und eingehende Besprechung, in der betont wurde, daß es schwer sei, sich schon jetzt mit dem Preise zu binden, da auf dem Kartoffelmarkt sich noch keine feststehende Preise gebildet hätten. Auch wurde darauf hingewiesen, daß die Lieferung ab Hof zu Unzuträglichkeiten führen könne, da vielfach der Landwirt dem Bezahler die Kartoffeln an sein Haus liefern müsse, wofür ihm dann doch ein Frachtszuschlag je nach der Länge des Weges zustehen müsse. Schließlich erklärte sich die Versammlung bereit, das Amt zu dem festgesetzten Preise mit Kartoffeln zu beliefern. Der Vorsitzende erwähnte dann noch, die Notstandshilfe durch freiwillige Spenden im Rahmen des Vorjahres zu bedenken, also etwa einen Zentner pro Morgen. Alsdann machte der Vorsitzende auf die im Monat November stattfindende Wahl der Kirchenvertretung aufmerksam. Es sind im ganzen 48 Vertreter (8 Presbyter und 40 Repräsentanten) zu wählen. In dem von dem Presbyterium aufgestellten Wahlvorschlages ist die Landwirtschaft mit 14 Vertretern u. 4 Erbkammern bedacht. In der sich anschließenden Besprechung wurden die Kirchensteuern ausgiebig erörtert. Auf eine Anfrage aus der Versammlung teilte der Vorsitzende mit, daß der Festzug bei der 2. Veranstaltung eine Einnahme von 430 RM ergeben habe, wovon die nicht unerheblichen Unkosten (Musik, Leihgebühr für die Uniformen, Inzerate usw.) zu bestreiten sind. Der etwa verbleibende Ueberschuß soll an die einzelnen Bauerschaften als Beischuß für die Unkosten der gestellten Wagen verteilt werden.

Schalksmühle

— Rothilfe der Gemeinde Schalksmühle. Auf Einladung des Gemeindevorstandes Schalksmühle trat am 4. Okt. 1932 im Kaffeehaus Schulz in Schalksmühle der Hilfsausschuß zur Durchführung einer Rothilfe in der Gemeinde Schalksmühle zusammen, um über die erforderlichen Maßnahmen für den kommenden Winter zu beraten. Zur Besprechung waren sämtliche Berufsgruppen geladen. Gemeindevorsteher Diegarten eröffnete die Besprechung und wies einleitend darauf hin, daß infolge der weiteren Verschlechterung der Verhältnisse seit dem Vorjahre die freiwillige Hilfe notwendiger sei denn je. Vor allem habe sich die Sachlage gegenüber dem Vorjahr dadurch geändert, daß seit dem 1. April d. J. die gesamte Fürsorge im hiesigen Kreise Aufgabe des Bezirksfürsorgeverbandes Altena sei. Der Bezirksfürsorgeverband sei nun nicht in der Lage, die Winterversorgung der Bedürftigen mit Kohlen und Kartoffeln aus den sehr beschränkten Fürsorgemitteln allein durchzuführen. Es sei daher notwendig, im Wege der freiwilligen Sammlung Mittel für diesen Zweck zu beschaffen. Der Vorsteher richtete darauf an alle Versammelten die Bitte, alle Bedenken zurückzustellen und sich mit Tatkraft an dem Liebeswerk zu beteiligen. Im Laufe der Verhandlung ergab sich, daß sich alle Anwesenden mit der Durchführung einer Rothilfe einverstanden erklärten. Gesammelt werden soll wieder innerhalb der einzelnen Berufsgruppen. Bei den hierbei nicht erfassten Personen werden besonders bestimmte Sammler

Aufruf!

In seiner Sitzung am 4. d. M. hat der Ausschuß zur Durchführung einer Nothilfe in der Gemeinde Schalksmühle beschlossen, in diesem Jahre wieder Sammlungen zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen der Gemeinde Schalksmühle zu veranstalten.

Der Ausschuß richtet daher an Alle, denen die Not des Nächsten am Herzen liegt, die dringende Bitte, sich an diesem Liebeswerk zu beteiligen. Die gesammelten Beträge werden dem bei der Amtssparkasse halber eingerichteten Scheckkonto „Nothilfe der Gemeinde Schalksmühle“ zugeführt. Weitere Spenden können diesem Konto unmittelbar überwiesen werden.

Die hereinkommenden Mittel werden zunächst zur Versorgung der Hilfsbedürftigen Bevölkerung mit Kohlen und Kartoffeln verwandt.

Da die Not heute gegenüber dem Vorjahre weit größer ist, hofft der Ausschuß, daß die Gemeindeeingegebenen das Hilfswerk tatkräftig unterstützen.

Schalksmühle, den 5. Oktober 1932.

Der Ausschuß zur Durchführung einer Nothilfe in der Gemeinde Schalksmühle.

Der Kurs der Deutschnationalen.

Das Verhältnis zu Papen und zur NSDAP.

Im Preussischen Landtag fand eine Reichsführertagung und eine Sitzung des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei statt. Der Tagung wohnten sämtliche Mitglieder der parlamentarischen Fraktionen sowie der Landesverbands- und Kreisverbandsvorstände bei. Der Parteivorstandende Hugenberg hielt eine programmatische Rede. Er berührte auch eingehend das Verhältnis der DNVP zu den Nationalsozialisten. Mit den Deutschnationalen hätten die Nationalsozialisten lange Zeit unter dem nationalen Banner gekochten. Wenn sie jetzt die Schwentung zum reinen Sozialismus vornähmen, so müßten sie daran zerbrechen. Weiter führte Dr. Hugenberg aus: Die Mittelparteien hätten ihren Untergang, aber auch die Bedeutungslosigkeit des Bürgertums selbst verschuldet.

Dem neuen Kabinett gegenüber

nehmen die Deutschnationalen den Standpunkt ein, daß es allein nach seinen Taten zu beurteilen sei. Die Regierung Papen habe das Verdienst, Preußen vom Marxismus befreit zu haben, und zwar ohne Bürgerkrieg. Das hindere nicht, zu betonen, daß viele unerfüllte Wünsche und mancher Grund zur Besorgnis vorhanden seien. Die Regierung dürfe nicht zögern, unter Ausschaltung aller parlamentarischen Einflüsse die dringenden Aufgaben in Angriff zu nehmen, die noch unter der Reichspräsidentenschaft Hindenburgs gelöst werden müßten, vor allem eine durchgreifende Wirtschaftsreform und die Reform der Verfassung. Auch andere Aufgaben, wie Erneuerung des Beamtentums und Sanierung der Landwirtschaft, seien noch durchzuführen, wenn auch der grundsätzliche Übergang zum Kontingentsystem ein großer Schritt vorwärts sei. Die Sozialisierungspolitik Brüning's mit ihrer Subventionierung großer Betriebe müsse wieder gutgemacht werden. Ein neuer Mittelstand müsse geschaffen, der alte gestärkt werden. Die Aufhebung der aus d. r. Erbschaft Brüning's übernommenen sozialpolitischen Härten, insbesondere auf dem Gebiet der Rentenzürzung, sei dringend notwendig. Die Unterstützung der Regierung Papen bedeute

keine Blankovollmacht.

In diesem Wahlkampf stehe die Deutschnationale Volkspartei als die einzige Parteibewegung da, die die Stürme überstanden habe und in der Lage sei, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in einer für die Zukunft der Nation notwendigen Form durchzuführen. Die Deutschnationalen lehnen jede unklare Bindung und jede Verwischung ihrer Ziele ab, aber sie öffnen die Tore weit für alle, die sich mit ihnen zu gleichen Zielen verbunden fühlen. Auch gegenüber den Nationalsozialisten, den Kampf der Deutschnationalen durch Versammlungsförderung zu hemmen, würden sich die Deutschnationalen durchzusetzen wissen. „Wir scheuen“, so schloß Dr. Hugenberg, „diesen Kampf, der uns aufgezwungen wird, nicht. Die DNVP geht in diesen Wahlkampf mit dem Willen, ihre historische Mission zu erfüllen, und mit dem Glauben an die Kraft ihrer Idee.“

Gerechte Preisgestaltung für die Landwirtschaft.

Auf der Reichsführertagung der DNVP. beschäftigte sich Herr von Rohr-Demmin mit dem landwirtschaftlichen Teil des Regierungsprogramms. Er führte hierbei aus:

Wenn das Aufbauprogramm kein Fehlschlag werden solle, müsse es die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt auf das unerlässliche Maß beschränken. Die Kontingente erfassen nur etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Einfuhr. Erfolge nicht schnell eine

Preisbesserung für die Veredelungsprodukte und Futtermittel,

dann stünden wir vor einem Zusammenbruch auch der nur noch mühsam gehaltenen Getreidepreise. Gleichzeitig werde die Landwirtschaft in eine immer gefährlichere Fehlerzeugung hineingedrängt. Wir würden im nächsten Jahre vor einem

unabsehbaren Brottornüberschuß

und einem weiteren Fehlbetrag an eigenen Futtermitteln stehen. Die Frage, ob die Landwirtschaft das deutsche Volk voll ernähren könne, sei zu bejahen. Durch Zinsenkung und Subventionen könne man keinen Ersatz schaffen für eine gerechte Preisgestaltung.

Geheimrat Dr. Quast sprach über das Thema:

„Die Wiederherstellung Deutschlands“.

Er erklärte u. a., die erste Notverordnung, möge sie auch zwangsläufig gewesen sein, sei ein Fehler gewesen. Auch die neuen Regelungen dürften nicht auf Lohndruck hinauslaufen. Es sei gerechtfertigt, daß der Arbeiter einen Teil der Arbeit für den Arbeitslosen opfere, daß aber nicht dazu führen, daß der Lohn des Arbeiters unter das Existenzminimum gedrückt werde. Die durch die Steueranrechnungsscheine erzielte Steuerentlastung sei un-

5
Trümpfe in
Einheitspreisen!

SLIPONS

aus modernen Cheviot- oder
Gabardine-Stoffen, mittel-
und dunkelfarbig, mit Kunst-
seide gefüttert

Jeder Preis eine Leistung für sich!

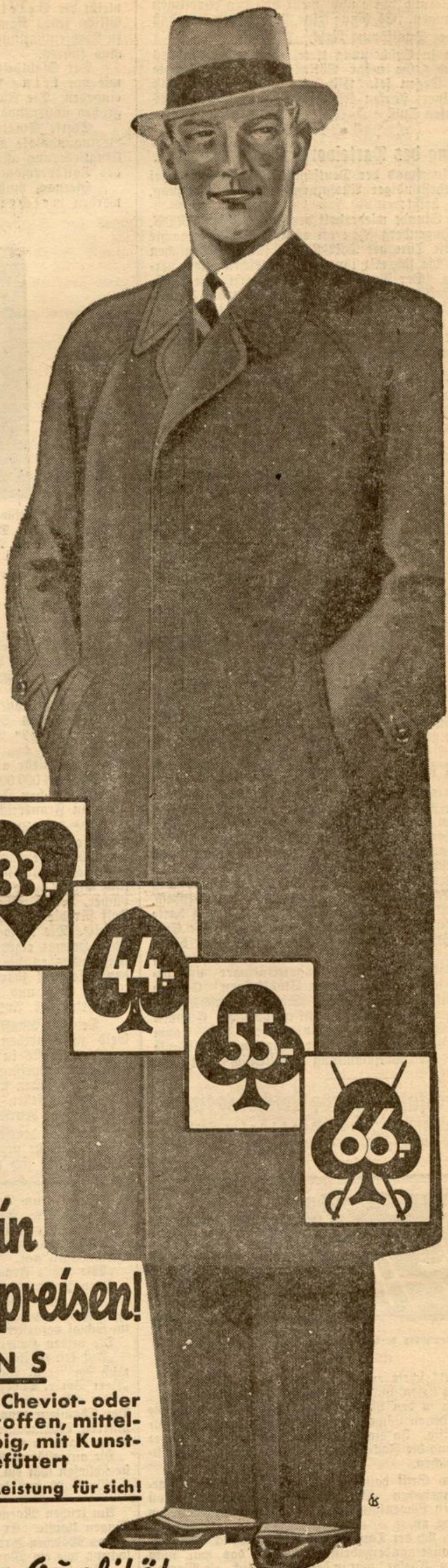
Wollen Sie Qualität

- dann nur

Lampe

H A G E N

Das zuverlässige Fachgeschäft für die gute
Herren- und Knabenkleidung



Nachdruck von Wort u. Bild verboten

Kreuzberger Kirmes

Sonntag, den 9. Okt. u. Montag, den 10. Okt. 32.

An beiden Tagen **TANZ**
Spiegelglatte Pithspien-
Tanzfläche.
Erstklassige Ballmusik.
(Saxophon-Kapelle)
ff. Weine - Ausschank v.
Dortmunder Union-Bier.
Diverse Schnittchen.
Abendessen -
Bekannte Platten.
Zeitgemäße Preise.
Um geneigten Zuspruch
bittet:
Max Müller.

Gasthof
zur Klosterschenke.
(Otto Ackerschott)
Großer Kirmes-Ball.
Sonntag und Montag
erstklassige **Tanz-**
musik der Elite-Tanz-
truppe-Reta.
ff. Weine -
Kalte u. warme Speisen.
Humor-Stimmung.
Eintritt frei.

Großer Kirmestrubel am Platze.

Breha - Lichtspiele.

Halver, Haus zur Fuhr

laden ein zur **Eröffnungs - Vorstellung.**

Nur 2 Tage. Sonntag, 9. Okt., nachmittags
6 Uhr 2 Vorstellungen. Montag, 10. Okt.,
abends 8 Uhr 1 Vorstellung

Wir bringen auf der allerneuesten Lichttonapparatur
der Kinton A-G. Berlin den **Großtonfilm**

Drei Tage Mittelarrest!

Jeder muß diesen prächtigsten aller Militär-
tonfilmustspiele gesehen und gehört haben.
Jeder muß einmal den schlacksigsten und
treuerherzigsten aller Rekruten der schönen
Vorkriegszeit **Felix Bressart** über
die Leinwand flimmern sehen.

Die Starbesetzung:

**Lucie Englisch, Max Adalbert,
Fritz Schulz, Ida Wüst u. a. m.**

Im Beiprogramm:

Die tönende Wochenschau,
Kurztonfilm — Kulturfilm — Lustspiel.

Kleine Preise: 2. Platz 50 Pfg. 1. Platz 70 Pfg.
Sperrsitz 90 Pfg. Erwerbslose mit Ausweis zählen
auf allen Plätzen 20 Pfg. weniger.

Kassenöffnung: Sonntag 1/6 Uhr, Montag 1/8 Uhr.

Amt Halver.

Winterhilfe.

Hilfsbedürftige, die annehmen können, bei der
Winterhilfe berücksichtigt zu werden, müssen zur
Gewährleistung einer ordnungsmäßigen Belieferung
mit Kartoffeln sich umgehend um einen Lieferanten
bemühen, der die Kartoffeln zu den dem Land-
wirtschaftl. Verein bekanntgegebenen Bedingungen
(2,75 RM. je Zentner eingefackt ab Hof ufw.)
liefern will. Personen, die einen Lieferanten nicht
erhalten können, müssen sich bis spätestens 11. d. M.
beim hiesigen Wohlfahrtsamt bzw. in der Ver-
waltungsgeschäftsstelle Schalksmühle melden.

Halver, den 7. Oktober 1932.

Der Bürgermeister.

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinenb., Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik	Lage Schulpläne	Bauschule Stein, Zement u. Urt., Schiff, Architektur, Tiefbau, Eisenbeton, Stahl- bau, Tonindustrie
---	---------------------------	--

Für die Mantelzeit

ist hier in groß-
zügigster Weise
vorgesorgt. Sie
sehen schon an
den Preisen,
daß Leistung
dahintersteht

Der sportliche Mantel 1975
ganz auf Futter, in Marengo

Der jugendliche Mantel 1975
mit Haase, ganz gefüttert

Der moderne Mantel 2975
m. Kravatte, a. Diagonal-Boucle
36.75

Der elegante Mantel 3975
in den neuesten Boucle-Stoffen
mit amerik. Opossum 49.75

Ein Posten **Gummi-Mäntel 795**
prima Qualitäten, alle Größen

Neuheiten
in Pullover u. den modernen Westen

Entzückende Kleider
aus Wolle und Seide.

Noch nie brachte ich solche Auswahl
vereint mit solcher Preiswürdigkeit.
Auch für die stärksten Damen
ist in jeder Preislage mit großer
Auswahl vorgesorgt.

Darum gehen Sie zu:

D. LEBENBERG

LÜDENSCHIED

Bekannte Fahrveugütung!



Unser
Warenzeichen
bedeutet Qualität

Ihr Schreiben vom 30. v. Mts. habe ich
erhalten worauf ich Ihnen erwidern kann,
daß ich mit den Ihrerseits gut gelieferten
beiden Zimmern überaus zufrieden bin,
und bei mir auch verschiedentlich bewundert wurde.
Ihre Leistungsfähigkeit werde weiterhin auch
Ich habe schon und werde weiterhin auch
Ihr Haus bestens empfehlen.
Inzwischen verbleibe ich
mit vorzüglicher Hochachtung
A. K.

und die Referenz unseres Kunden
den 7. 6. 1932

unsere beste Empfehlung

Vergleichen Sie unsere Preise und Sie
werden feststellen, daß wir billiger sind
als die Konkurrenz.

Miet- und kostenfrei durch Eigenbesitz

Möbelhaus Aug. Bührmann

Iserlohn

Lüdenschied

Gebrauchter
Wäscheschrank
zu kaufen gesucht.

Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle des Hlg.
Anzeigers Halver.

T. B. Kierspe
c. B. 1879.

Spielabteilung.

**Handball-
Meisterschaftsspiele**

am 9. Oktober 1932.

Sportplatz
Hohe Steinert Lüdenschied.

Anwurf 9.30 Uhr. Ab-
fahrt 8.50 ab Kierspe-
Bahnhof.

1. Jgd. Grünwald-Lüd. —

1. Jgd. Kierspe 1879.

Sportplatz in Kierspe.

Anwurf 14 Uhr.

T. B. 1861 2. —

Kierspe 1879 1.

Sportplatz in Berkenbaum

Anwurf 15 Uhr. Ab-
marsch ab K. 13.30 Uhr

Berkenbaum 1. —

Kierspe 1879 2.

Der Spielwart.

Sonntag, den 9. Okt.,

3 Uhr in der Kubbler'schen
Festhalle

P r o b e

aller Mitwirkende für
den Elternabend.

Der Jugendturnwart.

MODENSCHAU

Alsberg, Lüdenschied

zeigen:

Die neuesten Mäntel

Die neuesten Kleider

Die neuesten Hüte

Vorführung durch Mannequins. Für Unterhaltung
sorgen Stimmungskapelle und Ansager.

Freitag, den 7. Oktober 1932, abends 8,15 Uhr
Hotel Kramer, Kierspe - Bahnhof.

Eintritt frei!

Modenschaugedeck 0,60 RM bestehend aus Kaffee und Kuchen.

Eine große Partie

Winter - Loden - Foppen

in den Preislagen von

7.50, 9.75, 12.50, 13.50, 15.-, 17.50, 19.50

empfiehlt

Aug. Vollmerhaus,
Kierspe-Bhl.

Photographien

als Geschenke.

Preise zeitgemäß.

Ad. Kaiser, Halver (Westf.)

Berlinerstraße 5.

Sämtliche Drucksachen f. d. Industrie
liefert schnellstens **W. H. Bell Jr., Halver**

Ausflugsort
Wilhelmshöh.

Sonntag den 9. Okt.

Tanz

Eintritt frei.

Empfehle mich in

sämtlichen

Kurbelarbeiten

Cl. Crummenerl,

Halver, Jägerstr. 8.

Ausflugsort u. Sommerfrische Schnörrenbau.

Sonntag, den 9. Oktober 1932

KONZERT

im Schwanensaal. Von 5 Uhr an:

TANZ im großen Saal.

Neue Musik. — Eintritt frei.

Landwirtschaftsschule zu Lüdenschied

Der Unterricht beginnt

Donnerstag, den 3. Nov. 32

Anmeldungen erbittet:

Der Direktor.